



Umwelt- und Verkehrsausschuss

Sitzung am 03.12.2012

Bericht zu den Themen Schülerbeförderung, Nachtbus und Sozial-Ticket		
verantwortlich: Geschäftsbereich Verkehr	Drucksache 2012-96a-UVA03.12	
	1 Anlagen	
	26.11.2012	
<u>Beschlussfassung:</u>	03.12.2012	Umwelt- und Verkehrsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die Berichte zum Thema Schülerbeförderung, Nachtverkehr und Sozial-Ticket zur Kenntnis.

Einführung:

Im Rahmen der Haushaltsdebatte in der Kreistagssitzung am 19.11.2012 wurden die Themen Schülerbeförderung, Nachtverkehr und Sozial-Ticket angesprochen und ein Bericht im zuständigen Ausschuss erbeten. In dieser Vorlage werden die in der Kreistagssitzung am 19.11.2012 aufgeworfenen Fragen beantwortet.

1. Schülerbeförderung / Abstimmungsgespräch mit dem Staatlichen Schulamt und den Schulträgern im Rems-Murr-Kreis

Hintergrund für die Gespräche war die Tatsache, dass es im Bereich der Schülerbeförderung und insbesondere im Rahmen von Härtefallprüfungen immer wieder zu Problemen bei den Schulträgern und Beschwerden von Eltern kommt. Das Gespräch mit dem Staatlichen Schulamt und den Schulträgern im Rems-Murr-Kreis sollte daher dazu dienen, gemeinsam die Rechtsgrundlagen und Fragestellungen im Zusammenhang mit Härtefallregelungen zu besprechen und abzustimmen. Die Thematik wurde anhand einer Präsentation ausführlich dargestellt und Anhand von Teilbeispielen verdeutlicht (Anlage 1). Zudem wurden von der Kreisverwaltung konkrete Vorschläge gemacht, um zukünftig mehr Akzeptanz für die Entscheidung der Verwaltung bei den Eltern zu schaffen und Ärger zu vermeiden. Im Rahmen der Besprechung der Schulträger gab es weitere positive Impulse, die in die zukünftige Härtefallprüfung einfließen sollen. Im Ergebnis haben sich die Schulträger, das Staatliche Schulamt und die Landkreisverwaltung insbesondere auf folgende Eckpunkte verständigt:

- Die Kommunikation untereinander und mit den Eltern soll weiter verbessert werden. Die derzeit verwendeten Formulare sollen weiter entwickelt und bestehende Probleme beseitigt werden. Zudem soll im Rahmen der Möglichkeiten frühzeitig in die Härtefallprüfung eingestiegen werden, damit flexible Lösungen im Bereich der Schülerbeförderung möglich sind.
- Herr Bürgermeister und Kreisrat Jäger hat an der Besprechung teilgenommen und konnte im Ergebnis feststellen, dass man sich aus seiner Sicht ganz offensichtlich auf einem guten Weg befinde. Die Ausführung und Fallbeispiele der Kreisverwaltung hätten aus seiner Sicht deutlich gemacht, dass man für flexible und an den Umständen des Einzelfalls orientierte Entscheidungen offen sei.

Die weitere Strategie der Kreisverwaltung sieht vor, dass auch zukünftig weitere Abstimmungsrunden mit den Schulträgern und dem Staatlichen Schulamt stattfinden, um die Härtefallentscheidungen im Rahmen der Schülerbeförderung weiter zu vereinheitlichen und transparenter zu machen.

2. Nachtverkehr

Herr Bürgermeister Kaufmann hat als Fraktionsvorsitzender der SDP-Fraktion um Darstellung gebeten, wie das Nachtbuskonzept des Rems-Murr-Kreises mit den Kommunen vor Ort abgestimmt worden sei und warum er sich ganz offensichtlich am tatsächlichen Bedarf orientiere.

Die Kreisverwaltung hat bereits im Mai 2012 alle Kommunen entlang der Schiene bzw. mit Anschluss an den heutigen Nachtbus der Region zu einem Abstimmungsgespräch in Sachen Anschlussverkehr an die Nacht-S-Bahn eingeladen.

Grundlage dieser Besprechung war die UVA-Vorlage vom 16.04.2012 (Drucksache 2012-13-UVA16.04) die ergebnisoffen diskutiert wurde.

Die Kommunen waren sich aufgrund der eingeholten Angebote bei Busunternehmen und der vorliegenden Fahrgastzahlen zum Nachtbus der Region aber einig, dass nur auf der Strecke von Waiblingen – Korb nach Kernen im Remstal ein Bus mit Anschlussverkehr an die Nacht-S-Bahn eingerichtet werden soll. Im Übrigen sollte mit Ruftaxis gestartet werden. Diese Entscheidung wurde durch die Gremien der Kommunen bestätigt. Die Kreisverwaltung hat gegenüber den Kommunen von Beginn an betont, dass konstruktive Vorschläge zur Gestaltung der Anschlussverkehre jederzeit willkommen sind. Zudem wurde stets darauf hingewiesen, dass eine Angebotserweiterung jederzeit möglich sein soll. Vorsichtshalber hat die Kreisverwaltung einen Puffer in Höhe von 20.000 Euro im Haushalt eingeplant, um auf die konkreten Bedürfnisse und Wünsche der Bürger auch noch nach dem Start der Nacht-S-Bahn reagieren zu können.

Die Kreisverwaltung hat auch Wünsche von Kommunen berücksichtigt, die bisher nicht an den Nachverkehr angebunden waren oder direkt an der Schiene liegen. Bspw. wurde die Initiative der Gemeinde Althütte aufgegriffen, mit einem Ruftaxi angebunden zu werden.

Die Kommunen wurden zu einer weiteren Besprechung im Oktober 2012 eingeladen, bei der das endgültige Nachtverkehrsangebot und die geplante Öffentlichkeitsarbeit des VVS

vorgelegt wurde. Im Rahmen dieses Termins wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass die Kreisverwaltung grundsätzlich bereit ist, das Nachtverkehrsangebot zu erweitern.

Aufgrund dieser engen und frühzeitigen Abstimmung mit den Kommunen ist aus Sicht der Kreisverwaltung ein Konzept entstanden, das ganz konkret auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt ist. Der Anschluss an die Nacht-S-Bahn ist mit zwei Nachtbussen und ergänzenden Ruftaxis nicht nur sichergestellt, sondern orientiert sich am tatsächlichen Bedarf und ist vor allem auch finanzierbar. Sollte es dennoch Kapazitätsengpässe geben oder weitere Kommunen an einem Nachtverkehrsangebot interessiert sein. So ist der Landkreis, wie bereits erwähnt, gut gerüstet.

3. Sozial-Ticket

Von Herrn Kreisrat Rathgeb der Fraktion die Linke wurde beantragt, dass im Rems-Murr-Kreis ein Sozial-Ticket eingeführt wird.

Dieses Thema wurde bereits auf Ebene der Verbundlandkreise diskutiert und von den Sozial- und Verkehrsdezernaten abgestimmt. Alle vier Verbundlandkreise haben sich darauf verständigt, dass aus Sicht der Verbundlandkreise derzeit keine Notwendigkeit bestehe, ein entsprechendes Angebot einzurichten. Dies wurde dem Verband Region Stuttgart von allen Verbundlandkreisen mitgeteilt. Herr Landrat Fuchs hat dies mit Schreiben vom 17.10.2012 gegenüber dem Verband Region Stuttgart erklärt.

Hauptbeweggrund der Verbundlandkreise war, dass das Tarifssystem bereits heute einer sozialen Komponente Rechnung trägt.